

Schwäbische Zeitung



FOTO: STEFFEN LANG

Noch mehr Lesewelten

Stiftung Kinderchancen Allgäu will auch in Leutkirch und Isny aktiv werden. Seite 17

Was ein Bürgermeister verdient

Bad Wurzacher Räte entscheiden über Besoldung von Alexandra Scherer. Seite 21



FOTO: STEFFEN LANG

Mo.-Fr. € 1,90 | Sa. € 2,10

FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Mittwoch, 20. Juni 2018

BRITISH AIRWAYS
Covered by SWA (Schwäbische Allgemeine Zeitung)

FRIEDRICHSHAFEN - DÜSSELDORF
bis zu 2x täglich

Buchungen über ba.com oder in Ihrem Reisebüro

Kleine Grundschulen stehen zur Debatte

STUTTGART (kab) - Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat am Dienstag in Stuttgart die Zukunft kleiner Grundschulen infrage gestellt. Er reagierte damit auf ein Gutachten des Rechnungshofs, das Schließungen empfiehlt. Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) hatte daraufhin bereits eine Diskussion angeregt. Gegenwind erfährt sie von ihrem Parteikollegen Raimund Haser, Landtagsabgeordneter aus Wangen. „Für mich ist klar, dass am Prinzip kurze Beine, kurze Wege nicht gerüttelt wird.“ SEITE 2

Plädoyer im Kängal-Prozess

SIGMARINGEN (lsw) - Im Prozess um den tödlichen Angriff eines Hundes der Rasse Kängal auf eine 72-jährige Frau in Stetten am kalten Markt hat der Staatsanwalt Bewährungsstrafen für die Angeklagten gefordert. Das Ehepaar habe sich der fahrlässigen Tötung schuldig gemacht, erklärte er am Dienstag am Amtsgericht Sigmaringen. „Das war ein Todesfall mit Ansage.“ Hätte das Paar den Hund richtig gehalten und dessen augenscheinlich verbrauchtes Halsband rechtzeitig ausgetauscht, wäre das Unglück aus seiner Sicht zu vermeiden gewesen. SEITE 3

Flüchtlingszahlen auf Rekordhoch

GENÈ (AFP) - Angesichts anhaltender Bürgerkriege und gewaltsamer Vertreibungen hat die Zahl der Flüchtlinge weltweit einen neuen Höchststand erreicht. Nach UN-Angaben vom Dienstag ließen Konflikte, Gewalt und Verfolgung die Zahl im vergangenen Jahr um etwa drei Millionen auf rund 68,5 Millionen steigen. Damit wurde bereits zum fünften Mal in Folge ein neues Rekordniveau erreicht. SEITE 5

Heute lesen Sie

Bäumchen pflanzen
Präsident Steinmeier

FOTO: DPA

in LA im Thomas-Mann-Haus
Seite 11

Gewerbliche Anzeigen 0751 / 29 55-0
Private Anzeigen 0751 / 29 555 444
AboService 0751 / 29 555 555
Ticket Service 0751 / 29 555 777



Als in Westdeutschland die Mark eingeführt wurde ...

... gab es noch keinen Bundeskanzler, auch die Bundesrepublik war noch nicht gegründet. Heute vor 70 Jahren trat die Währungsreform in der sogenannten Trizone, den drei Besatzungszonen im Westen Deutschlands, in Kraft. Ab dem 21. Juni 1948 war dann die Deutsche Mark (Foto: imago) das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel. In der Folge entwickelte sich in Deutschland die bis heute so oft zitierte Soziale Marktwirtschaft zum wirtschaftlichen Erfolgsmodell. Welche Zukunft sie dieser Tage noch hat? Darüber wird gestritten und diskutiert. Und die D-Mark? Obwohl sie vor über 16 Jahren, zum 1. Januar 2002, in der Bundesrepublik vom Euro abgelöst wurde, sind geschätzt noch immer 5,91 Milliarden im Umlauf. Und noch immer werden tagtäglich Mitarbeiter von Banken und Sparkassen von Kunden mit Mark und Pfennig überrascht. LEITARTIKEL, SEITE 8

Kretschmann rät Bayern zu Schwarz-Grün

Idee des Ministerpräsidenten Baden-Württembergs stößt im Freistaat auf wenig Gegenliebe

Von Kara Ballarin, Andreas Herholz und Jochen Schlosser

STUTTGART/BERLIN - Während in der Union der Streit um den Asyl-Masterplan von Innenminister Horst Seehofer (CSU) tobt, hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Dienstag mit einer gewagten Aussage überrascht. Kretschmann, selbst seit 2016 in Stuttgart Chef einer grün-schwarzen Landesregierung, empfahl den Grünen in Bayern nach der Landtagswahl im Oktober eine Koalition mit der CSU. „Die CSU ist sehr geschmeidig, wenn's um die Macht geht“, sagte er. Und über seine

eigene Partei: „Wir sind auch geschmeidig.“ Politische Differenzen stecken häufig nur in Überschriften. Inhaltlich sei es indes möglich, Gemeinsamkeiten zu finden. Zumal er glaube, dass die bayerischen Grünen durchaus Lust hätten, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Das stimme schon, sagte Ludwig Hartmann, Spitzenkandidat der Grünen im Freistaat, am Dienstag zur „Schwäbischen Zeitung“. „Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, aber brauchen einen Partner, der auch verantwortungsvoll handelt.“ Das sei bei Ministerpräsident Markus Söder (CSU) derzeit aber nicht zu erkennen. Noch vor zwei

Wochen, vor dem Unions-Konflikt um den Asyl-Masterplan, hätte er seinem Parteifreund Kretschmann Recht gegeben. „Zum jetzigen Zeitpunkt, mit einer CSU, die im Gewand der AfD unterwegs ist, schließen wir eine Koalition aus“, sagte Hartmann. Bayerns Ministerpräsident betreibe seit Wochen eine Politik, die die Gesellschaft spalte. Söder selbst wollte sich auf Anfrage nicht zu Kretschmanns Vorschlag äußern. Sein Ziel, dies hat er mehrfach geäußert, ist die absolute Mehrheit mit der CSU.

Im Asylstreit selbst stellte sich Kretschmann jedoch gegen die CSU und auf die Seite von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Wichtige Fragen

wie Klimawandel, Migration, Terrorismus und Freihandel könnten nur gemeinsam angegangen werden, Nationalstaaten könnten heute alleine kaum noch etwas ausrichten.

In Berlin blühen derweil die Spekulationen, ob die CSU künftig bundesweit zu Wahlen antreten wird. Davon hält Bayerns Innenminister Joachim Herrmann jedoch wenig. „Bisher sind wir immer zu dem Ergebnis gekommen, dass die Konzentration der CSU auf Bayern für die Union und auch für die CSU der insgesamt bessere Weg ist. Ich sehe keine Veranlassung, hiervon abzugehen“, sagte der CSU-Politiker der „Schwäbischen Zeitung“. SEITE 4

Merkel und Macron schmieden Bündnis für Europa

Rückendeckung im Asylstreit vom französischen Präsidenten - Kanzlerin möchte Euro mit Reformpaket stabilisieren

MESEBERG/BERLIN (dpa) - Angesichts historischer Herausforderungen haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am Dienstag in Meseberg ein gemeinsames Bekenntnis zu Europa abgelegt. Beide Länder wollen den Euro krisenfester machen und eine milliarden-schwere Investitionsoffensive starten. Dazu soll ein Eurozonen-Budget



Angela Merkel beim Gipfeltreffen mit Emmanuel Macron. FOTO: DPA

im Rahmen der bisherigen Haushaltstrukturen geschaffen werden, sagte Merkel nach dem Spitzentreffen mit Macron im brandenburgischen Meseberg. Das neue Budget soll ab 2021 greifen. Die Höhe muss noch auf EU-Ebene verhandelt werden. Es gehe darum, Länder zu belegen, die Probleme haben und die Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften der Euro-Zone zu ver-

ringern, um die Eurozone zu stabilisieren, so Macron.

Auch im koalitionsinternen Streit um die Asylpolitik erhielt die Kanzlerin Rückendeckung vom französischen Präsidenten. Macron beteuerte, sein Land sei bereit, in Frankreich registrierte Flüchtlinge aus Deutschland zurückzunehmen und unterstütze weitere solcher Abkommen in Europa. SEITE 4

Unterm Strich

Donald, der Papiertiger

Der Alltag ist eine schlimme Zumutung, vor allem morgens. Zuerst verbrennt man sich die Zunge am Kaffee, dann findet man sich in einer Konferenz wieder, an der man eigentlich lieber nicht teilnehmen würde. Bevor sie wider Erwarten doch zu Ende geht, meldet sich ein Kollege zu Wort, der auch noch was sagen möchte, obwohl längst alles gesagt ist.

Bestimmt würde es der Laune auf die Sprünge helfen, den Computer aus dem Fenster zu werfen oder einen Stapel Papier vom Schreibtisch zu wischen. Aber man heißt ja nicht

Trump. Unser Freund The Donald, der Laiendarsteller auf dem Präsidentenstuhl, leidet auch am Alltag, wenn er nicht gerade mit seinem neuen Kumpel mit der Brikettfrisur zusammen sein darf. Den beneidet er vor allem darum, dass ihm seine Leute am Fernseher aufmerksam zuhören, wenn er was zu sagen hat.

In Nordkorea weiß das Volk noch, was sich gehört. In den USA ist das anders, weshalb The Donald seine schlechte Laune damit bekämpft, dass er regelmäßig Dokumente, Aufzeichnungen und Schreiben zerreißt. Die müssen von Mitarbeitern wieder

zusammengepuzzelt werden, denn sie gelten als Zeugnisse der Zeitschicht und müssen archiviert werden. Solomon Lartey hat jetzt verraten, dass in den ersten Monaten der Trump-Regierung ein ganzes Team mit der Rekonstruktion betraut war. Lartey jetzt nicht mehr: Trump hat ihn entlassen, nachdem er darauf hingewiesen hatte, dass Papierschmüßel zusammenzukleben vielleicht nicht die richtige Arbeit für jemand sei, der 66 000 Dollar im Jahr verdient. (hü)

untermstrich@schwaebische.de



Schon im Wahlkampf deutete sich das Papierproblem an. FOTO: AFP

Leitartikel

Von Wolfgang Mulke



Neue Ideen für die Marktwirtschaft

Es gibt weltweit wenige Wirtschaftssysteme, die genauso erfolgreich oder noch besser waren als die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Es gibt daher keinen Grund, eines der beiden Attribute fallen zu lassen. Doch für die Wertschöpfungsketten in einer globalen, digitalen Welt ist sie noch nicht gerüstet.

Der Erfolg Deutschlands geht zu großen Teilen auf den Ausgleich zwischen einer möglichst freien Wirtschaft und einer möglichst großen sozialen Sicherheit zurück. Das hat für Stabilität gesorgt, für weniger Streiks als anderswo, eine große Massenkauflkraft und das Grundgefühl, dass die Gesellschaft niemanden hängen lässt. Doch die Risse sind unverkennbar. Die Kluft zwischen einer großen Mehrheit, der es gut geht und einer Minderheit, die sozial absteigt, nimmt zu. Früher konnte dies durch mehr Umverteilung ausgeglichen werden. Dies stößt an Grenzen, weil nicht mehr alle großen Gewinne im Inland besteuert werden können.

Gesucht sind neue Wege, die Soziale Marktwirtschaft wieder mit Leben zu erfüllen. Beispiele gefällig? So könnten die vorhandenen finanziellen Mittel effizienter eingesetzt werden. Müssen Reiche auch Kindergeld erhalten? Wäre eine auf das untere Drittel der Einkommensgruppen konzentrierte Familienförderung nicht sinnvoller? Deutschland gehen allmählich die Fachkräfte aus. Das schreit nach einer Bildungsoffensive. Vertretbar kann auch ein mit der Lebenserwartung steigendes Renteneintrittsalter sein.

Mit derlei Forderungen muss dann aber auch das alte Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft erneuert werden. Niemand wird hängen gelassen. Das bedeutet ein bezahlbares Gesundheitssystem und einen Mindestlohn, der zu einem passablen Leben reicht. Es wird auch einer würdigen Alimentierung derer bedürfen, denen diese digitale Wirtschaft keinen Platz frei hält. Sozial 4.0 darf sich nicht an überkommenen Leistungsvorstellungen der Wirtschaftswunderzeit messen, sondern an der Fähigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren. Eine Riesenaufgabe, die zu lösen lohnt.

wirtschaft@schwaebische.de

Wetter

26° bis 30°C
Zunächst noch
sonnig und warm



Börse

DAX: - 1,22 %
Aktuell: 12.677,97 | Vortag: 12 834,11

Nr. 139 | B 6205



4 190620 501905 3 0025

SCHWÄBISCH MEDIA